

Am 26. Mai 2019

DIE LINKE.
Stadtverband Koblenz

wählen!



**SOZIALISTISCH. GERECHT.
ÖKOLOGISCH. FRIEDLICH.**

**Programm zur
Kommunalwahl 2019**



Impressum

DIE LINKE. Stadtverband Koblenz
Schlachthofstr. 67, 56073 Koblenz
Tel.: 0176 73203694

sprecherrat@die-linke-koblenz.de

www.die-linke-ko.de

V. i. S. d. P. Tobias Christmann
Erster Sprecher nach § 26/2 BGB

DIE LINKE. Koblenz in den Sozialen Netzwerken

[www.fb.com/DieLinkeKoblenz](https://www.facebook.com/DieLinkeKoblenz)

www.twitter.com/DieLinkeKoblenz

I.	Vorwort		Seite 1,2
II.	Soziales & Wohnen	SOZIALISTISCH	
	• Soziales		Seite 3
	• Wohnen		Seite 3, 4
	• Gesundheit		Seite 5
III.	Städtische Finanzen		
	• Finanzielle Ausstattung durch das Land		Seite 5
IV.	Wirtschaft und Arbeit	GERECHT	
	• Kommunale Wirtschaftsförderung		Seite 6
	• Tourismus		Seite 6
	• Kommunale Straßen		Seite 7
	• Die Kommune als Arbeitgeber		Seite 7,8
	• Jugend		Seite 8
	• Kirchen in der Kommune		Seite 9
	• Fairtrade-Kommune		Seite 9,10
V.	Kommunale Demokratie und Bürgernähe		
	• Transparenz schaffen		Seite 10,11
	• Bürgerschaftliches Engagement stärken		Seite 11
VI.	Verkehr und Infrastruktur	ÖKOLOGISCH	
	• ÖPNV		Seite 12,13
	• Ladeinfrastruktur		Seite 13
	• Radverkehrsnetz		Seite 14
	• Wasserwege		Seite 15
	• Seilbahn		Seite 15
	• Digitalisierung		Seite 16
VII.	Umweltschutz und Nachhaltigkeit		
	• Umweltschutz		Seite 16,17
	• Nachhaltigkeit		Seite 17,18
	• Tierschutz		Seite 18
VIII.	Migration und Vielfalt	FRIEDLICH	
	• Migration & Flucht		Seite 19,20
	• Queer		Seite 20
	• Politische Bildung		Seite 21
IX.	Kommunale Daseinsvorsorge		
	• Sport		Seite 21,22
	• Bildung		Seite 22,23
	• Kultur		Seite 23,24

Vorwort

liebe Koblenzerinnen und Koblenzer,
liebe Wählerinnen und Wähler

Am 26. Mai 2019 haben Sie für Koblenz und dessen Zukunft 56 Stimmen. Schenken Sie uns Ihr Vertrauen, damit die Koblenzer LINKE auch mit einer starken Fraktion im neuen Stadtrat konsequent linke Politik umsetzen kann.

Sozialistisch! DIE LINKE. Koblenz ist sozialistisch, weil es nicht ausreicht, nur sozial zu sein. Wir müssen auch an die Ursachen sozialer Kälte gehen. Wenn jede oder jeder nur an sich denkt, ist eben nicht an alle gedacht!

Gerecht! DIE LINKE. Koblenz will mehr Gerechtigkeit, weil Recht zu haben und Recht zu bekommen leider immer noch einen Unterschied macht. Das nehmen wir nicht hin. Wir streben eine wahre Gerechtigkeit von queeren Bürger*innen an, eine Chancen-Gleichheit für alle Menschen und eine Justiz, die nicht auf dem rechten Auge blind ist.

Ökologisch! DIE LINKE. Koblenz denkt ökologisch, weil wir nur eine Erde haben und alle Entscheidungen, die wir treffen, die Gesundheit des Planeten und damit die Grundlage allen Lebens beeinflussen. Klimawandel oder CO₂-Ausstoß sind keine Verschwörungstheorien, sondern eine Tatsache, die uns alle angeht. Die Umwelt zu retten, ist unser Versprechen an die zukünftigen Generationen.

Friedlich! DIE LINKE. Koblenz will eine friedliche Politik, weil Krieg weder sozialistisch, gerecht oder ökologisch sinnvoll sein kann. Wir erinnern an die furchtbaren Verbrechen des Dritten Reichs, damit nie wieder deutsches Militär seine Waffen nutzt, um Menschen Leid zuzufügen.

Wir wollen mit unseren Forderungen und Vorschlägen unseren Beitrag zu einem solidarischen und sozialen Leben in Koblenz leisten. DIE LINKE. Koblenz möchte sich vor allem für die sozialen Belange der Bürger*innen in unserer Stadt engagieren. Deshalb stellen sich wieder Menschen unterschiedlichen Alters, aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und aus besonders vielen Koblenzer Stadtteilen auf der Liste unserer Partei zur Wahl.

Wir wollen Ansprechpartner sein für Anregungen zur Gestaltung der Zukunft unserer Stadt. Dabei legen wir bei unseren kommunalpolitischen Vorstellungen sehr viel Wert auf den sozialen Zusammenhalt und bezahlbaren Wohnraum, auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit für Koblenz. DIE LINKE. steht aber auch für die kommunale Daseinsvorsorge, für einen gut finanzierten Finanzhaushalt und die Integration von neuen Bürger*innen unserer Stadt, gleich ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Für sie alle wollen wir demokratische Prinzipien durch Bürger*innennähe erfahrbar machen, denn DIE LINKE. wählen, heißt Bürgerbeteiligung wählen. Daher steht unser gesamtes Programm unter dem Motto „Gemeinsam für Koblenz“, denn gemeinsam mit Ihnen wollen wir diesen Wahlkampf bestreiten und gemeinsam mit Ihnen wollen wir die Koblenzer Politik SOZIALISTISCHER. ÖKOLOGISCHER. GERECHTER. und FRIEDLICHER. gestalten.

Ihr Stadtverband DIE LINKE. Koblenz

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung
des Stadtverbandes am 11.03.2019

Soziales

Die Würde des Menschen ist unantastbar Deswegen fordern wir auf Behörden eine menschlichere Umgangsform bei Anträgen und Beratungen. Wir lehnen Stigmatisierungen, Unterstellungen oder Diskriminierungen entschieden ab. Niemand darf über einen Menschen richten, wenn dieser in eine Notlage geraten ist. Wir wollen einen humanen Qualitätsstandard auf dem Sozial-, Arbeits- und Ausländeramt. Erlebnisberichte von Betroffenen zeigen, wie groß hier ein Handlungsbedarf ist, auch wenn uns natürlich bewusst ist, dass dies nicht auf alle Behörden bzw. nicht auf alle dort Arbeitenden zutrifft.

Sozialpass Wir müssen die verheerenden Folgen von Armut bekämpfen und vor Ort mildern. Wir treten für den Sozialpass ein, damit auch Kinder aus einkommensschwächeren Familien ins Schwimmbad gehen, das Theater besuchen oder den öffentlichen Nahverkehr nutzen können. Bibliotheken, Büchereien und alle weiteren kulturellen Angebote dieser Art sollen kostenlos sein oder zumindest stark vergünstigte Tarife anbieten, denn die Teilhabe an der Gesellschaft darf nicht von der finanziellen Situation der Menschen abhängen.

Keine Sanktionen Wir lehnen die Sperrung von Strom und auch von Gas gänzlich ab, denn wie auch bei den Hartz IV-Sanktionen wird den Menschen hier ein wesentlicher Teil ihrer Überlebensgrundlage entzogen. Ein unmenschliches und verabscheuungswürdiges Mittel, das – wie die Sanktionen – nur dazu dient, die schwächsten der Gesellschaft für ihre Armut zu bestrafen.

Wohnen

Soziales Denken Die stadtteigene Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH ist für die Verwaltung und den Bau von Wohnungen und Sozialwohnungen zuständig. In Koblenz gibt es nach unseren Informationen noch rund 1.800 Sozialwohnungen, eine Zahl, die weiterhin rückläufig ist. Zudem baut die Gesellschaft nur wenige Wohneinheiten trotz eines Jahresüberschusses von 3,25 Millionen € im Jahr 2016. Neue Mietwohnungen wären aber dringend notwendig, denn wie aus einer Anfrage unsererseits an die Stadtverwaltung Koblenz hervorgeht, erfüllt Koblenz alle Kriterien (über die Daten erhoben wurden) für einen angespannten Wohnungsmarkt. Wir wollen, um dem entgegenzuwirken, eine verbindliche Sozialquote in Höhe von 35 % als Voraussetzung für die Erteilung einer Baugenehmigung einführen. Dadurch soll der Anteil an bezahlbarem Wohnraum in Koblenz massiv steigen. Des Weiteren fordern wir, dass die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft deutlich mehr bezahlbare Mietwohnprojekte realisiert, um den steigenden Mietpreisen entschieden entgegenzutreten und die angespannte Situation am Koblenzer Wohnungsmarkt zu entlasten.

Sozialbindung festigen Im politischen Alltag der Wohnungs- und Mietenpolitik ist es heute leider allzu oft gang und gäbe, dass Sozialwohnungen nur eine Sozialbindung von wenigen Jahren bekommen. Dies hat in jüngster Vergangenheit zu Massenverkäufen der Sozialwohnungen geführt und hatte auch zur Folge, dass viele Mieter*innen aus ihren Wohnungen mussten, weil die Mieten plötzlich ins Unermessliche schossen. Um diesen Preissteigerungen und Spekulationen entschieden entgegenzutreten, fordern wir eine Mindestsozialbindung von 25 Jahren.

Leerstand ist Stillstand Harte Realität ist leider auch in unserer Stadt, dass wir einige über teilweise Jahrzehnte leerstehende Gebäude und Wohnungen haben. Dies ist natürlich in Zeiten, in denen der Wohnraum immer knapper wird, nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine wirtschaftliche Katastrophe. Weil Leerstand Stillstand bedeutet, fordern wir, dass leerstehende Gebäude und Wohnungen nach spätestens fünf Jahren wieder der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Mietkauf Wir fordern die Möglichkeit des Mietkaufs beim Verkauf von städtischen Wohnflächen, um die Teilhabe an diesem Markt für alle zu ermöglichen. Hiermit erreichen wir, dass mehr Menschen am Verhandlungstisch die Chance haben mit bieten zu können und nicht nur Großfirmen oder Konzerne, die mit Ihrem Kapital, Marktfairness verhindern. Das schließt auch Menschen ein, die am Kreditmarkt nicht teilnehmen können.

Das Stadtbild erhalten In Koblenz wird leider zu oft bei der Vergabe von Baugenehmigungen nicht auf die Umgebung geachtet. Es werden wichtige Grünflächen bebaut, Straßen in dicht besiedelten Wohngebieten ausgewiesen und es wird auch wenig Rücksicht auf die Ästhetik in unserer schönen Stadt genommen. Wir setzen uns nicht nur für eine soziale, sondern auch eine ästhetisch ansprechende Stadt ein und fordern daher einen Gestaltungsbeirat, damit DIE STADT (?) an Rhein und Mosel ihr volles Potential entfalten kann.

Obdachlosigkeit Auch in Koblenz ist die Zunahme der Obdachlosigkeit, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, erkennbar. Wir als Linke finden nicht nur diese sichtbaren Anzeichen, sondern Armut in einem reichen Land insgesamt sehr beschämend. Die Kandidaten der Linken für den Stadtrat organisierten die „Aktion gegen soziale Kälte“ um auf das Schicksal der betroffenen Menschen aufmerksam zu machen und Spenden für das Obdachlosenrestaurant „Mampf“ zu sammeln. Von den Gründen für den Anstieg der Obdachlosigkeit, die von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. genannt werden, sind insbesondere „Mangel an preiswertem Wohnraum“ und „Mietpreissteigerungen“ durch kommunales Handeln beeinflussbar. Wir schließen uns daher der Forderung an „Kommunen müssen die Verantwortung zur Wohnraumversorgung aller ihrer Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen, deswegen bedarf es konkreter Maßnahmen, um auch wohnungslose Menschen mit eigenem Wohnraum zu versorgen (aus Armut stört – Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz, Oktober 2018) (?)“.

Gesundheit

Kommunale Medizinische Versorgungszentren Wir unterstützen Medizinische Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft und fördern die Gründung und Arbeit von Gesundheitsgenossenschaften. Gesundheit ist keine Ware und deshalb muss gesundheitliche Fürsorge für alle möglich sein, auch für Menschen ohne deutschen Pass, z.B. durch Ärztegenossenschaften, Polikliniken und Vereine. Wir unterstützen die Förderung der Ehrenämter und der Vereine, die ambulant die Lücken im Gesundheitssystem auffangen; trotzdem müssen die Missstände auf Landes- und Bundesebene komplett ausgeräumt werden.

Informationsfreiheit Wir fordern eine Honorierung der sozialen Vereine und Ärzt*innen, die über Schwangerschaftsabbrüche informieren und Hilfestellungen anbieten. Weiter fordern wir einen Stopp der Repressalien gegen diejenigen, die Abbrüche unter Berücksichtigung humanistischer Grundsätze durchführen.

Finanzielle Ausstattung durch das Land

Geld ist nicht alles - aber ohne Geld bewegt sich vor Ort nicht viel. Wir als LINKE wehren uns deshalb gegen das immerwährende Kürzungsdiktat bei den kommunalen Leistungen für die Bürger*innen, das Streichungen bei Büchereien, Ferienfreizeiten oder der Unterstützung von Kultur- und Vereinsleben zur Folge hat. Dadurch werden demokratische Rechte abgebaut, vor Ort gibt es kaum noch etwas zu entscheiden, wenn es Geld kostet. Streichhaushalten, die nur den wachsenden Mangel schlecht verteilen, aber keinerlei Perspektive bieten, stimmen wir nicht zu. Stattdessen befürworten wir einen Schuldenschnitt. Wir wollen keinen vordergründig sparsam kalkulierten Haushalt, der sich nur an der "schwarzen Null", nicht aber am Erhalt und dem Ausbau der Koblenzer Infrastruktur und den Bedürfnissen des Gemeinwesens orientiert. Wir kritisieren die Allmacht der Kommunalaufsicht (ADD). Stattdessen befürworten wir eine auskömmliche und konjunkturunabhängige Finanzierung der Kommunen durch die Landesregierung, die Planung und kommunale Selbstverwaltung endlich wieder ermöglichen. Hierfür schlagen wir eine Gemeindefinanzsteuer vor, die das kaum durchschaubare System der Schlüsselzuweisungen und der kommunalen Steueranteile ersetzt.

Kommunale Wirtschaftsförderung

Leerstandsmanagement Wir fordern die Stadt auf, aktiv etwas gegen Leerstände in der Fußgängerzone und in den Einkaufszentren zu unternehmen. Auch andere Städte unterhalten ein aktives Leerstandsmanagement und haben damit große Erfolge erzielen können.

Jungunternehmerförderung Jungunternehmer*innen und Kleinunternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und das wollen wir anerkennen, mit steuerlichen Anreizen und Standortvorteilen wollen wir dies unterstützen.

Wirtschaftsstandort stärken Wir wollen den Wirtschaftsstandort Koblenz und insbesondere das Gewerbegebiet ausbauen, hierbei muss gleichzeitig jedoch auf einen ökologischen Ausgleich geachtet werden.

Tourismus – Koblenz als „Marke“

Denkmäler Auch in Koblenz haben wir einige sehr bedenkliche Denkmäler, zum Beispiel das für „Die Helden des Zweiten Weltkrieges“, um nur eines zu nennen. Für uns sind solche Ehrungen für Soldaten in einem unerbittlichen Vernichtungskrieg ohne kritische geschichtliche Auseinandersetzung nicht tragbar. Wir fordern daher, dass sich die Stadt Koblenz reflektierter mit ihren Denkmälern auseinandersetzt und weder diesen noch andere Kriege romantisiert. Das gilt auch für das deutsche Eck.

Eine Plattform verbindet Koblenz ist eine tourismusreiche Stadt, aber damit wir den Tourismus besser nutzen können und ihn, auch als lukrativen Wirtschaftsfaktor, ausbauen können, wollen wir eine Kommunikationsplattform einrichten. Auf dieser sollen sich lokale Tourismus-Akteure wie Reisebüros, Reisebusunternehmen und andere vernetzen können. Damit wollen wir eine engmaschigere Zusammenarbeit zwischen diesen lokalen und regionalen Akteuren gewährleisten und hoffen auf einen Ausbau Koblenz‘ als Touristen-Stadt.

Events entbürokratisieren Besonders für junge Menschen sind Events ein Grund nach Koblenz zu kommen, um dort zu feiern. Wir fordern daher einen Abbau der bürokratischen Hürden für die Event-Veranstalter. Wir möchten als LINKE mehr Konzerte, Festivals, Märkte et cetera nach Koblenz holen. Diese dienen nicht nur Koblenzer*innen als sozialer und gesellschaftlicher Interaktionspunkt, sondern sind auch aus touristischer und wirtschaftlicher Sicht attraktiv. Wir fordern Gleichbehandlung von sozio-kulturellen Veranstaltungen und Events im Vergleich zu städtischen. Darüber hinaus fordern wir eine kostenlose Bereitstellung von Strom oder Abschaltung von Brunnen für Veranstaltungen von gemeinnützigen Vereinen.

Kommunale Straßen

Wir begrüßen die Arbeit des Arbeitskreises „Straßennamen“ und seine Bemühungen Verbrechern, Rassisten et cetera nicht durch die Benennung von Straßen zu ehren. Allerdings wollen wir spätestens in der Wahlperiode 2019 – 2024 die Ergebnisse dieses AK sehen. Darüber hinaus möchten wir auch überlegen, welche Straßennamen noch fehlen, um mit diesen auch andere große Persönlichkeiten der Geschichte oder des Koblenzer Lebens zu ehren. Wir halten zum Beispiel eine Rosa-Luxemburg-Straße oder eine Karl-Liebknecht-Straße für erstrebenswert.

Die Kommune als Arbeitgeber

Gewerkschaften stärken – Betriebsräte schützen Gewerkschaften helfen, wo sie können, um Arbeitnehmer*innen ihre Rechte bewusst zu machen, aber auch die Gewerkschaften haben nur begrenzte Kapazitäten und besonders dort, wo diese aufgebraucht sind, fühlen sich Arbeitnehmer*innen im Stich gelassen. Was Koblenz daher dringend braucht, ist eine öffentliche und kommunale Anlaufstelle für Arbeitnehmer*innen und Betriebsräte, die bspw. die Arbeitnehmer*innen bei der Gründung von Betriebsräten unterstützt und bereits bestehende in ihrer Arbeit stärkt.

Keine grundlose Befristung Weil Kommunen auch Arbeitgeber sind, stimmen wir nur unbefristeten Einstellungen oder nachvollziehbar begründeten befristeten Einstellungen (Schwangerschaft, Elternzeit, Krankheitsvertretung) zu.

Sensibilisierung Fehlender Wille zur Inklusion, Homophobie, Xenophobie, stellen auch heute noch ein großes Problem in Ämtern und Behörden dar. Besonders im Sommer 2018 haben wir in der Presse viele Fälle von Ausländerfeindlichkeit und Homophobie lesen müssen. So etwas nehmen wir als LINKE nicht einfach hin! Wir fordern regelmäßige Sensibilisierungs-Fortbildungen für die Mitarbeiter*innen öffentlicher Behörden und Ämter, damit Ausländer-, Behinderten- oder auch Schwulenfeindlichkeit keine Chance mehr haben. Neben den öffentlichen Trägern wollen wir mit kostenlosen Seminaren auch für Unternehmen einen Anreiz schaffen, Mitarbeiter*innen zu sensibilisieren. Wir fordern einen einheitlichen Standard mit regelmäßigen Supervisionen, die innerhalb der Arbeitszeiten liegen. Denn nur wenn die Arbeit sozial ist, kann man sozial gut arbeiten.

Frauenquote in öffentlichen Stellen Der Anteil an weiblichen Angestellten im öffentlichen Dienst ist von 1991 mit 47 Prozent auf 56 Prozent in 2015 angestiegen. Dieser Zuwachs ist erfreulich, dennoch gibt es bezüglich des Anteils an Frauen in verschiedenen Aufgabenbereichen und Besoldungsstufen immer noch erhebliche Unterschiede. Wir fordern eine Einführung einer festen Frauenquote, da die ausgewiesenen Fördermaßnahmen nicht ausreichen. Zu oft werden im öffentlichen Dienst, zum Beispiel Frauen mit Magister in Germanistik für einfache Sekretariatsaufgaben abgestempelt, statt sie in den gehobenen Dienst einzugruppieren, was ihren Fähigkeiten und Qualifikationen entsprechen würde. Für Männer ist es nach wie vor einfacher sich für entsprechende Posten durchzusetzen. Der Anteil an Frauen im öffentlichen Dienst in Teilzeitbeschäftigung liegt bei 84 Prozent. Wir fordern eine Evaluation zur Untersuchung der Ursachen und daraufhin gezielte Maßnahmen diese zu ändern. Es ist ein Missstand in der Verwaltung, dass das Potential der weiblichen Mitarbeiterinnen nicht maßgeblich gefördert wird.

Jugend

Eine lebendige Jugendkultur zeichnet sich in unseren Augen durch kulturelle Vielfalt, Mündigkeit und Souveränität aus. Fridays for future ist nur ein großartiges Beispiel von vielen, welches gezeigt hat, dass unsere junge Generation niemanden braucht, der ihr die Welt erklärt. Sie brauchen neben der schulischen Bildung, Rahmenbedingungen um selbstbestimmt Ihren Weg der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Themen zu finden und zu erleben. Wir setzen uns ein, für einen sicheren Ort mit dem Schwerpunkt des freien künstlerischen und politischen Schaffens wie zum Beispiel das Haus Metternich. Diese Räumlichkeit muss geschützt und weiter ausgebaut werden. Wir möchten weniger Bürokratie für die Sozialkräfte, damit Ihre Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen im Vordergrund bleibt. Weiter möchten wir neben dieser zentralen Anlaufstelle auch in den anderen Stadtteilen ähnliche Möglichkeiten schaffen. Parteiunabhängige politische Bildung, absolute Chancengleichheit, tabu freie sexuelle und identitätsbildende Aufklärung, diskriminierungsfreie Kommunikation, verantwortungsbewusste Antifaschismuslehre und moderne Inklusion sind unsere Eckpunkte, die wir für unsere Kinder wünschen. In den meisten Themen sind junge Menschen gebildeter als viele Erwachsenen Ihnen einreden wollen. Somit ist unser Schwerpunkt zu Fragen, was braucht Ihr für diese Themen, wo fehlt was. (?)

Kirchen in der Kommune

Kirchenarbeitsrecht Wir leben nicht in Zeiten mittelalterlicher Dogmen in Bezug auf das Arbeitsrecht. In einem säkularen Staat darf Religion keine Sonderrolle im Arbeitsrecht einnehmen. Vor allem dann nicht, wenn diese diskriminierend ist. Wir fordern die sofortige Einstellung von öffentlichen Geldern an katholische Einrichtungen, bis dieser Missstand ausgebessert ist.

Wir unterstützen alle Arbeitnehmer*innen in der Durchsetzung ihrer Rechte. Ein Kuss mit einer gleichgeschlechtlichen Person kann hier schon die Existenz gefährden. Dies darf kein Zustand mehr im 21. Jahrhundert sein. Wir fordern explizit einen kirchlichen Tarifvertrag.

Steuergelder für Kirchen kritisieren Zudem ist es fraglich, warum katholische Einrichtung kommunale Gelder bekommen, wenn sie doch die eingetriebene Kirchensteuer dafür verwenden könnten. Hier fließen die Gelder in bischöfliche Paläste oder in Missionarsarbeit, nur nicht in die Kitas vor Ort. Dies sollte nicht noch belohnt, sondern sanktioniert werden. Wir sollten den Arbeiter*innen der Caritas, die eine so wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft verrichten, großen Dank aussprechen. Dieses Tagwerk soll honoriert und gelobt werden und kein goldgeschmückter Priester, der über Hölle und Sünde schwadroniert, dagegen aber keine Anstalten macht, die Missbrauchsverbrechen aufzuklären.

Fair-Trade-Kommune

Fair-Trade ist kein Ersatz für gerechte Welthandelsstrukturen, aber ein wichtiges Element zur Stärkung der regionalen Wirtschaft und Landwirtschaft vorrangig in den Ländern des Südens. Unabhängig von den Entscheidungsstrukturen in Berlin und unabhängig von den bestehenden Machtstrukturen können Projekte und Initiativen in den betreffenden Ländern ausgebaut und zu Gegenbewegungen werden. Durch fairen Handel werden die Arbeits- und Lebensbedingungen der teilnehmenden Kooperativen verbessert beziehungsweise gesichert. Dies ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt, der auch auf kommunaler Ebene Unterstützung finden muss. Wir möchten gern an die Bemühungen, die bereits vonseiten der Grünen angestellt wurden, anknüpfen und deren Antrag auf die Bewerbung Koblenz' als „Fair-Trade-Town“ unterstützen, der 2011 im Umweltausschuss leider abgelehnt wurde. Es gibt bereits mehrere hundert Fair-Trade-Städte in Deutschland, u.a. Andernach, Mayen, seit Februar 2018 Neuwied und seit Kurzem auch Lahnstein. Warum soll dies nicht auch in Koblenz möglich sein? Wir fordern somit, dass der Stadtrat gezielt den fairen Handel auf kommunaler Ebene stützt und mit den Menschen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammenarbeitet, die sich für fairen Handel einsetzen.

Wir fordern, dass in öffentlichen Einrichtungen fair gehandelte Produkte verzehrt werden und im Einzelhandel verstärkt fair gehandelte Produkte angeboten werden. Wir wissen, dass verschiedene Labels für Fair-Trade-Produkte unterschiedliche Richtlinien haben. Dennoch erwirken wir mit dem Maßnahmen-Katalog, den diese offiziellen Bezeichnungen mit sich bringt, ein Vorwärtsdenken, welches wir für erstrebenswert erachten. In Zukunft müssen in Koblenz innovative und nachhaltige Geschäftsideen umgesetzt werden, wie zum Beispiel das Einrichten des „unverpackt“-Ladens, der zurzeit bereits in Planung ist und der unterstützt werden sollte. Es wird Zeit, sich als innovative und weltoffene Kommune zu präsentieren, die noch mehr soziale Verantwortung übernimmt und die sich besser vernetzt – auch mit Produktionsstätten in den Ländern (vorrangig) des Südens.

Transparenz – Das Grundprinzip der Partei DIE LINKE.

Fragestunde Die neue Fraktion der LINKEN wird noch vor Beschlussfassung der Geschäftsordnung des Koblenzer Stadtrates einen Antrag auf Einführung einer regelmäßig stattfindenden Einwohnerfragestunde an den Koblenzer Stadtrat stellen. Dabei soll auf Grundlage des §16a GemO den Bürger*innen in Koblenz Gelegenheit gegeben werden, sich in allen öffentlichen Stadtratssitzungen am Anfang einer jeden Sitzung direkt an die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung und an den Rat wenden zu können.

Streaming der Ratssitzungen DIE LINKE. Koblenz tritt für ein vollständiges Streaming der öffentlichen Teile aller Stadtrats- und Ausschusssitzungen ein. Dabei sind die Bildrechte Eigentum der Stadt Koblenz und werden dort archiviert. Mit einem Stream kann man der Politik und dem politischen Geschehen im Stadtrat einen ganz neuen Charakter verleihen. Die Bürger*innen können problemlos nachvollziehen, was die von ihnen gewählten Vertreter*innen gesagt haben, wie sie abgestimmt haben und wie sie sich verhalten haben. Eine Umsetzung dieser Forderung wäre ein Meilenstein für die kommunale Demokratie in Koblenz.

Einwohnerantrag Grundsätzlich verfolgen wir als Koblenzer LINKE in der Stadt eine Politik, die dazu geeignet ist, dass sich Bürger*innen mit einem Einwohnerantrag auf Grundlage von §17 GemO (Einwohnerantrag) direkt an den Stadtrat wenden können. Allen Einwohner*innen von Koblenz, die das Recht eines Einwohnerantrages für sich nutzen wollen, werden wir, entsprechend in Form und Inhalt, bei ihrem Antrag beraten. Das Gleiche gilt für alle Bürger*innen von Koblenz, die auf Grundlage von §17a GemO (Bürgerbegehren und Bürgerentscheid) direkten Einfluss auf die Koblenzer Politik nehmen wollen.

Weiterentwicklung von Bürgerbeteiligung Das Bürgerinformationsportal der Stadt Koblenz finden wir als Online-Informationsquelle über die Politik des Stadtrates prinzipiell gut. Aus unserer Sicht muss dieses Instrument in der Geschäftsordnung des Koblenzer Stadtrates weiterentwickelt werden.

Eine transparente Fraktion Selbstverständlich wird es das Grundprinzip der Stadtratsfraktion der Koblenzer LINKEN sein, dass Fraktionssitzungen öffentlich sind und vorher in den sozialen Medien, z.B. auf der Homepage der Fraktion angekündigt werden. Zur Transparenz unserer Ratsarbeit werden auch öffentliche kommunalpolitische Arbeitskreise der LINKEN in Koblenz beitragen. Wir nehmen gerne – auch während der Wahlperiode – Ihre Vorschläge für Koblenz mit in den Stadtrat.

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Das Ehrenamt stärker honorieren Viele Ehrenämter und Vereine tragen unsere Gesellschaft und bilden unsere Kultur an Rhein und Mosel. Der Stadtrat muss in nähere Kooperation mit der Arbeit dieser Personen treten. Hier zeigt sich, wo die eigentlichen Veränderungen auf kommunaler Ebene nötig sind. Viel zu sehr hängen die Mandatsträger*innen an den Lippen von Großkonzernen und verlieren die Gesellschaft aus den Augen. Somit fordern wir eine stärkere Belobigungskultur für bürgerliches Engagement.

Antifaschistische Arbeit anerkennen Wir wollen eine besondere Ehrung für antifaschistische Arbeit, denn diese Menschen sind es, denen das Erbe der weißen Rose gebührt. Es sind die antifaschistischen Bewegungen, die unsere Demokratie und unser Leben verteidigen, weshalb sie nicht kriminalisiert oder kleingeredet werden dürfen. Wenn Rechtsextreme in unser buntes Koblenz kommen, gilt es zu zeigen, was man von ihnen hält. Viel zu oft stehen die Gegendemonstrant*innen alleine auf großer Straße. Wir wollen hier Rat und Verwaltung in die Verantwortung nehmen, um rechtsextremen und antidemokratischen Kräften in unserer Stadt keinen Raum zu geben. Koblenz bleibt bunt!

Öffentlicher Personennahverkehr

Umrüstung Die schnellste und mit Abstand günstigste Möglichkeit den Schadstoffausstoß zu verringern, ist die Umrüstung der ÖPNV-Flotte auf neue und moderne Filtersysteme. Leider gibt es für diese Filtersysteme in Rheinland-Pfalz bisher nur eine Ausnahmegenehmigung - beschränkt auf ein Jahr, was eine Umrüstung der gesamten Flotte unmöglich macht. Daher will DIE LINKE. Koblenz, dass das Land Rheinland-Pfalz die Umrüstung der alten Dieselbusse mit neuen Filtern durch eine Fünf-Jahres-Genehmigung ermöglicht, damit die ganze Linienbusflotte umgerüstet werden kann und wir den Schadstoffausstoß des ÖPNV um ein Vielfaches verringern können.

E-Mobilität Die Aufrüstung der Flotte mit neuen Filtern ist nur eine zeitweilige, schnell umsetzbare Methode, doch DIE LINKE. Koblenz verfolgt einen langfristigeren und zukunftsorientierteren Ansatz. Wir fordern die E-Mobilität verstärkt zu fördern und die Linienbusflotte durch zukunftsfähige E-Busse zu ersetzen. Die evm Verkehrs GmbH, die zurzeit den größten Teil des Koblenzer Busverkehrs betreibt, hat die Einsatzfähigkeit der E-Busse im Vergleich zu Bussen mit Gas-Antrieb bereits erfolgreich getestet.

Alternative Antriebe Wir wollen uns jedoch nicht allein auf die E-Mobilität verlassen, sondern wollen auch andere alternative Antriebstechniken, wie z. B. Gas oder Wasserstoff, in Betracht ziehen. Besonders für weitere Strecken eignet sich ein biogasbetriebener Bus am besten für den Einsatz. Unser Ziel ist es, eine Synergie zwischen den verschiedenen Antriebsmethoden zu schaffen.

Ausbau der Flotte Neben der Aufrüstung muss auch der Ausbau der Flotte erfolgen. Wir begrüßen die Erweiterung des Fuhrparks und wollen darüber hinaus auch die Taktung von heute i. d. R. 30 Minuten auf zukünftig 15 Minuten verkürzen. Zusätzlich sollen so auch - wie im Nahverkehrsplan vorgesehen - neue Linien geschaffen werden, um die Stadtteile, insbesondere die äußeren Stadtteile, besser zu verbinden. Des Weiteren kann der Ausbau auch den Fahrkomfort deutlich erhöhen, denn täglich fahren in Koblenz tausende Menschen mit dem Bus, oft bewegen sie sich auf kleinstem Raum. Das ist nicht nur eine große Belastung für die Fahrgäste, sondern auch eine Gefahr für die eigene Unversehrtheit und macht den Nahverkehr zudem auch für neue potentielle Fahrgäste unattraktiv.

Eine Straßenbahn für alle Fälle Straßenbahnen sind in vielen Städten und Regionen ein essentieller und nicht mehr wegzudenkender Bestandteil des ÖPNV. Für Koblenz und die gesamte Region Nord in Rheinland-Pfalz könnte eine kommunen-übergreifende Straßenbahn einen unendlich großen Gewinn darstellen. Es gibt viele neue Technologien zur Umsetzung eines solchen Projektes, so werden in China zurzeit elektrobetriebene gleisfreie Trams getestet, die an Sensoren im Boden entlang der Strecke geleitet werden. Das Projekt „Straßenbahn Nord“ kann und muss als regionales betrachtet werden.

Das Wabensystem abschaffen Das Koblenzer Wabensystem im ÖPNV sorgt fast täglich für Kopfschütteln und ratlose Gesichter, meist bei denen, die nur wenige Stationen fahren, aber dennoch 3 € zahlen müssen, weil sie in eine andere Verkehrswabe fahren. Dieses System ist nicht nur veraltet, sondern auch ungerecht. Deshalb fordern wir als LINKE die Abschaffung des Wabensystems und wollen zur Ermittlung des Fahrtpreises die tatsächliche Entfernung heranziehen. Das sind die Mindestforderungen, die DIE LINKE. Koblenz umsetzen will, um den ÖPNV in Koblenz für die Zukunft tragbar zu machen und den Bürger*innen eine echte Alternative zum Individualverkehr in unserer Stadt zu bieten.

Fahrscheinlos Wir fordern auf lange Sicht die Abschaffung der Fahrtkosten. In anderen Kommunen und Ländern sehen wir solche Vorstöße bereits. Hundertprozentig städtischer Verkehr Wir wollen, dass die neu zu gründende Koblenzer Mobilitätsgesellschaft (KMG) eine hundertprozentige Tochter der Stadt Koblenz wird und in einer nicht gewinnorientierten Unternehmensstruktur organisiert wird. Wenn wir den ÖPNV in Koblenz deutlich verbessern, ausbauen und preiswerter gestalten wollen, kann das nur mit Zuschüssen durch die Stadt geschehen. Eine GmbH oder eine andere auf Gewinn ausgerichtete Unternehmensstruktur kann das nicht leisten.

Ladeinfrastruktur

Ladesäulen Prämien und Anreize zum Kauf durch die Automobilhersteller und die Bundesregierung allein reichen nicht aus, um die Elektromobilität voranzutreiben. Es braucht vor allem eine realitätsnahe und zukunftssträchtige Ladeinfrastruktur in Koblenz, damit die Menschen in und um unsere Stadt vermehrt auf Elektroautos, E-Roller et cetera setzen. Die EVM hat bereits einige Ladesäulen geschaffen, doch muss in diesem Bereich noch viel passieren. Als Grundversorger ist die EVM in einer guten Lage die Ladeinfrastruktur in Koblenz weiter auszubauen. Wir wollen, dass die Stadt den Ausbau fördert und fordert, aber auch gleichzeitig mittels einer Werbekampagne die vorhandenen Ladesäulen bewirbt. Im Idealfall erfolgt die Erzeugung der notwendigen Energie vor Ort. Jedes Gebäude in öffentlicher Hand sollte eine Photovoltaik-Anlage auf seinem Dach haben, sofern sich die Ausrichtung desselben dafür eignet. Eine steigende Anzahl solcher Anlagen wünschen wir uns natürlich auch im gewerblichen und privaten Bereich.

Radverkehrsnetz

Radwege modernisieren Koblenz ist eine der fahrradfeindlichsten Städte in Rheinland-Pfalz. Es gibt zu wenige Radwege und die bestehenden sind oft eine Gefahr für Radfahrer*innen oder Fußgänger*innen. Die Radinfrastruktur in unserer Stadt hat einen alles andere als guten Ruf. Kein Wunder also, dass so wenige Bürger*innen täglich auf das Fahrrad vertrauen. Wir wollen daher ein Sofortprogramm für die Modernisierung und Instandhaltung der bereits bestehenden Fahrradverkehrswege.

Anreize schaffen Wenn man Anreize schafft, damit die Leute – vor allem innerstädtisch – wieder verstärkt auf das Fahrrad setzen, führt das zu einer Reduzierung des individuellen PKW-Verkehrs und somit auch zu einer erheblichen Reduktion der Stickoxid-Werte. Wir schlagen hier den Ausbau der Fahrradwege, aber auch die Schaffung sicherer Parkmöglichkeiten für Fahrräder vor.

Immer ein Blick in die Zukunft Die Verwaltung sollte bei den Planungen der Straßen und Brücken der Stadt Fahrradfahrer*innen berücksichtigen und zwar gleichberechtigt mit dem PKW. Vielmehr als bisher muss bei solchen Planungen der Blick in Richtung Zukunft gehen und darf nicht in der Gegenwart verharren. Die Pfaffendorfer Brücke hat uns gezeigt, dass die Stadtverwaltung aus eigenem Antrieb den Blick in die Zukunft verschläft und eine Brücke mit alten Zahlen plant und die voraussichtlich zukünftigen kaum berücksichtigt. So schaffen wir nur eine Grundlage für teure Umbauten und Neubau-Maßnahmen. Wir wollen, dass es endlich ein Umdenken in der Verwaltung gibt und der Radverkehr gleichberechtigt berücksichtigt wird.

Touristen-Attraktion Neben dem Ausbau der innerstädtischen Radwege setzen wir uns dafür ein, dass auch die Radschnellwege, die vor allem von Fahrradtouristen genutzt werden, modernisiert und ausgebaut werden. Als LINKE fördern wir den Gedanken eines „Gesamtkonzeptes Fahrradverkehr“ für Koblenz und Umgebung, hier wollen wir die Verwaltung anhalten sich auch mit den Nachbarstädten und Kreisen für eine nachhaltige Radinfrastruktur einzusetzen.

Wasserwege

Koblenz ist eine Stadt mit zwei Flüssen, das weiß natürlich jede*r, dennoch nutzen wir hauptsächlich Brücken, um mit dem PKW auf das andere Ufer zu kommen. Hier steckt mehr Potenzial für die Mobilität, wenn wir anfangen Wasser als weiteren Weg zu verstehen. Wenn wir am deutschen Eck stehen, möchten wir nicht hauptsächlich Fracht- oder Tourismusschiffe sehen. Beides ist wichtig, aber wir möchten dies erweitern mit Schiffbussen, Schiffstaxis und Kulturplattformen. Auch einklappbare Brücken oder Schiffsrestaurants sind denkbar. Dies müssen wir im Einklang mit dem ökologischen Wasserschutz voranbringen. Rhein und Mosel sollen in unserer Gesellschaft eine größere Rolle einnehmen. Wir wissen, dass im Rahmen der kommenden BUGA 2029 hier viele Ideen in Planung sind. Unser Streben zielt auf Nachhaltigkeit und auf einen echten Mehrgewinn für alle Bürger*innen. Nur wenn alle an den neu geschaffenen Angeboten teilhaben können, stellt dies einen echten Fortschritt dar.

Seilbahn

In den Verbund Wir wollen die Seilbahn mit in den Verkehrsverbund aufnehmen, damit jede Person, die ein Tages-, Wochen- oder Monatsticket besitzt, die Seilbahn ohne Aufpreis nutzen kann. Durch eine Aufnahme in den Verbund wollen wir auch deutlich günstigere Preise für Einzelfahrten schaffen. Mit diesen Maßnahmen glauben wir die Fahrgastzahlen deutlich erhöhen zu können. So schaffen wir auch ein schlagkräftiges Argument für die Nutzung über 2025 hinaus.

Ausbau Wir möchten in Koblenz eine offene und kreative Debatte über den Ausbau der Seilbahn anstoßen, so wie es der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) ebenfalls zurzeit tut. In Zeiten sich radikal ändernder Verkehrspolitik muss man auch bereit sein über den scheinbaren Beckenrand hinauszuschauen. Daher wollen wir eine Diskussion anstoßen, ob man nicht zum Beispiel Stadtteile wie Ehrenbreitstein oder die Karthause per Seilbahn mit dem Hbf oder dem Forum verbinden kann.

Fernbusbahnhof Wir Sozialist*innen setzen uns klar für einen Ausbau des Fernbusbahnhofes (und seines Angebotes) am Standort „Hauptbahnhof“ aus. Immer mehr Reisen werden mit dem Bus absolviert und dieser Entwicklung wollen wir somit Sorge tragen. Eine Verlegung des Fernbusbahnhofes kommt für uns nicht infrage, die jetzige Position ist gleich am Hbf und in Zentrumsnähe perfekt gelegen.

Digitalisierung

Öffentliches WLAN Wir wollen ein flächendeckendes, öffentlich zugängliches und kostenloses WLAN-Netz in Koblenz schaffen. Eine gute Variante hierfür wäre die Nutzung privater Router zur Schaffung eines öffentlichen WLAN-Netzwerkes.

Glasfaser-Ausbau Wir wollen den weiteren Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur auch in Gewerbegebieten, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, aber auch um den Wirtschaftsstandort Koblenz besonders für IT-Unternehmen attraktiver zu gestalten.

IT-Infrastruktur Wir wollen eine kontinuierlich gute IT-Infrastruktur in öffentlichen Gebäuden, das heißt auch in Schulen schaffen. Arbeitsplätze sollen hierdurch attraktiver gestaltet werden, Schüler*innen soll die digitale Bildung leichter und mit neuester Technik nahegebracht werden.

Keine Werbung in der Koblenz-App Werbeschaltungen von privaten Unternehmen in öffentlichen Apps wie der Koblenz-App lehnen wir als LINKE vehement ab. Zwar begrüßen wir eine solche App als gute Anlaufstelle für Informationen rund um unsere Stadt und ihre Veranstaltungen, dennoch halten wir es für mehr als bedenklich, in einer App der Stadt private Werbung zu schalten. Hier werden klar kapitalistische Interessen vertreten und die Nutzer*innen werden mit andauernden Werbeblocks abgeschreckt. Daher sehen wir damit auch die Gefahr, dass die Nutzungszahlen weit hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Ladepunkte schaffen Wie es sie im Löhr-Center bereits in einer Testphase gab, wollen wir auch an weiteren Punkten in Koblenz, wie zum Beispiel im Forum, abschließbare Handy-Ladestationen schaffen.

Umweltschutz

Die Folgen des Klimawandels aufgrund von zu hohem CO₂ Ausstoß, Verunreinigungen und weiteren menschengemachten Naturschäden sind für alle spürbar. Auch wir in Koblenz sind gefragt nicht nur Umweltschutz zu fordern, sondern mit hohem Druck an die Umsetzung zu gehen. In Koblenz gibt es ein sogenanntes Klimaschutzkonzept. Dieses greift nur in einem sehr geringen Maße. Wir sehen dieses Konzept als Gewissens-Placebo für den Stadtrat und die Verwaltung. Hier müssen handfeste und starke Maßnahmen vorangetrieben und vor allem umgesetzt werden.

Sozio-Ökologisch Denken Als Kernforderung in diesem Bereich, wollen wir eine Stelle für einen Beauftragten für Umwelt und Sozio-Ökologische Fragen schaffen. Hiermit würden wir eine Schnittstelle gestalten, die Expertise und Sachverstand in die verschiedenen Gremien einbringen kann. Angefangen von Beratungen für Schulen, die beispielsweise neue Bälle kaufen wollen, bis hin zur Kontrolle der Verwaltung hinsichtlich des Klimaschutzkonzeptes. Ohne eine gesunde Umwelt ist die Zukunft unserer Kinder gefährdet. Alleine dies sollte Grund genug sein, eine Stelle mit umfänglichen Kompetenzen für diese Thematik in Koblenz zu schaffen.

Versiegelung Stoppen – Entsiegelung vorantreiben Leider kommt es gerade in kleineren Siedlungen immer wieder zu der Versiegelung von Grünflächen durch Privatbesitzer*innen. Doch besonders in kleinen zugebauten Siedlungen, werden Grünflächen als Luftreiniger dringend benötigt. Als Koblenzer LINKE wollen wir daher bei Neubauten und Neubaugebieten die Versiegelung der Grünflächen unter strengen Gesichtspunkten begrenzen. Entsiegelungsmaßnahmen der Bürger*innen sollten von der Stadt befürwortet, unterstützt und auch finanziell gefördert werden. Auf städtischem Gebieten wollen wir jede nicht notwendige Versiegelung verhindern und die Entsiegelung der städtischen Flächen stark vorantreiben.

Nachhaltigkeit

Essbare Stadt Andernach ist eines der wohl gelungensten Beispiele für das Konzept einer essbaren Stadt. Die Bürger*innen können auf öffentlichen Grünanlagen zum Beispiel Tomaten und Zwiebeln, Zucchini und Kohl, aber auch Kartoffeln oder Beeren ernten. Ein solches Konzept stärkt nicht nur den sozialen Zusammenhalt und zeigt die Qualität regionaler Produkte, sondern kann auch zur Verbesserung der Umweltbilanz der Städte beitragen und helfen durch Nichtgebrauch verschwendeten Raum wieder sinnvoll zu nutzen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stadtverwaltung dem Stadtrat ein solches Konzept zur Verabschiedung vorlegt, damit auch die Koblenzer*innen die Möglichkeit haben, ihre Stadt essbar zu machen.

Mehr Grünflächen und Parks Ein Ort zum Entspannen, ein Ort für soziale Interaktion, einfach ein wunderschöner Ort, so würden sicher viele den Garten des kurfürstlichen Schlosses oder den Garten der Basilika St. Kastor beschreiben. Wir fördern deshalb den Vorschlag zur Errichtung neuer öffentlich zugänglicher Gartenanlagen im Stadtgebiet. Solche Gärten bieten nicht nur soziale Vorteile, sondern durch die zahlreichen Pflanzen in den Anlagen auch Luftreinigung. Alle Grünflächen und Gartenanlagen der Stadt müssen nachhaltig und bienen- und vogelfreundlich bepflanzt werden, um den bestmöglichen ökologischen Effekt zu erzielen.

Regionalität wiederentdecken Wir müssen die Vorteile von regionalen Produkten und regionalem Konsum wiederentdecken, besonders in einer Zeit, in der regional arbeitende Hersteller und Händler, bedroht vom schnell expandierten Online-Handel, um den Erhalt ihrer Betriebe und Geschäfte kämpfen müssen. Daher ist es umso wichtiger wieder mehr auf Regionalität zu setzen. Die wichtigsten Punkte bleiben jedoch, dass die Herkunft der Produkte bekannt ist, dass die Produkte oft fair gehandelt sind und sie in der Regel von hoher Qualität sind. Die Koblenzer*innen sollen weniger im Online-Handel kaufen und stattdessen, Lebensmittel, Kleidung, Elektronikartikel et cetera bei regionalen Herstellern und Händlern erwerben. Das fordern wir und wollen prüfen, wie man die Bürger*innen dabei unterstützen kann und wie man dafür Anreize schaffen kann.

Bio-Betriebe Darüber hinaus wünschen wir uns eine steigende Anzahl von Betrieben, die nach Bio-Standards arbeiten.

Tierschutz

Zirkus mit Tier – nicht mit mir Wir unterstützen Initiativen, die oft auf engstem Raum gehaltene Zirkustiere befreien und ihnen ein besseres und vor allem tierfreundlicheres Leben schenken wollen. Als LINKE wollen wir keine Zirkusse mit Tieren in Koblenz mehr dulden. Hier muss ein unmissverständliches Zeichen für den Tierschutz gesetzt werden. Die Stadt Koblenz muss hier aktiv werden und darf solchen Zirkussen keinen Platz mehr bieten.

Bienen,-Insekten- und Artenschutz Koblenz muss grüner werden! Wir fordern aber nicht nur den Ausbau von Grünflächen - sondern eine Bepflanzung derselben mit dichten und mehrjährigen Hecken, sodass Bienen, Insekten, Vögel und andere Kleintierarten dort eine Heimat finden können. Natürlich müssen diese regelmäßig gepflegt werden, warum dies aber einen jährlichen Kahlschlag mit sich bringt, entzieht sich uns. Die stadt eigenen Betriebe müssen zu einem angemessenen Umgang mit Pflanzenschutzmitteln angehalten werden.

Hundehaltung Damit die Besitzer*innen noch mehr darauf achten den Hundekot ihrer tierischen Begleiter einzusammeln, wollen wir mehr Hundbeutel-Stationen im öffentlichen Raum anbringen. Im Sinne der Nachhaltigkeit, sollte bei diesen Beuteln auf die biologische Abbaubarkeit geachtet werden.

Migration & Flucht

Wir kritisieren die Flüchtlingspolitik der Abschottung, die die Bundesregierung betreibt, auf das Schärfste, zum Beispiel das Festhalten am Dublin-Abkommen, die herrschende Abschiebepolitik (Aufheben des Abschiebestopps nach Afghanistan als EIN Beispiel), das Outsourcing des Flüchtlings-„Problems“ sowie die Zurückweisungsprojekte der Regierung. Denn dadurch wird Schutzbedürftigen eben dieser dringend benötigte Schutz versagt. Natürlich müssen diesbezügliche Änderungen der Flüchtlingspolitik auf Bundesebene erfolgen. Aber auch im regionalen Bereich sind Schritte notwendig und möglich, mit denen wir auf die verheerende Arbeit der Bundesregierung antworten können. Solidarität hört für uns nicht bei einer Landesgrenze auf!

Fluchtursachen bekämpfen Wir fordern Bleiberecht für alle in Koblenz lebenden Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus. Es muss darum gehen, Fluchtursachen zu bekämpfen – nicht Flüchtende.

Schutz bieten Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, müssen als Asylsuchende anerkannt werden und umfassenden Schutz erhalten. Dazu muss das Angebot an Schutzräumen – gerade für bedrohte Frauen oder queere Menschen – erhöht werden, sodass Alternativen ohne kirchliche Trägerschaft entstehen.

Kein Sterben im Mittelmeer Es müssen sichere Fluchtwege geschaffen werden, damit das Sterben im Mittelmeer ein Ende hat. In unseren Augen ist es unfassbar, dass Retter*innen, die verhindern möchten, dass Menschen ertrinken oder erneut Folter und Vergewaltigung in (libyschen) Flüchtlingslagern ausgesetzt sind, kriminalisiert werden.

Städte wie Bonn, Köln oder Düsseldorf haben der Bundeskanzlerin bereits Angebote für die Aufnahme von Schiffbrüchigen gemacht. Auch in Koblenz sollte die Solidarität mit zum Beispiel „Seebrücke“ vorangetrieben werden.

Leben lebenswert gestalten Wir möchten keine Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften oder gar Sammellagern, die abseits liegen. Daher müssen Wohnungsleerstände auf dem privaten Sektor ermittelt werden, um Wohnraum anmieten zu können, wobei die Stadt Koblenz als Mieter auftreten sollte, damit Standards bei der Unterbringung von Geflüchteten eingefordert werden können.

Abschiebungen sind keine Lösung Zudem möchten wir, dass der Koblenzer Stadtrat sich gegen Abschiebungen seiner Koblenzer Mitmenschen in Krisengebiete ausspricht. Dazu zählen für uns Orte, in denen diese irgendeiner Form von Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt wären, aber auch Orte, die wirtschaftliche Mängel mit sich brächten, zum Beispiel mangelhafte medizinische Versorgung oder Obdachlosigkeit.

Diskriminierungsstopp Damit eine sinnvolle Teilhabe am Koblenzer Arbeitsleben sinnvoll ist, sind wir für eine Abschaffung der Ausnahmen vom Mindestlohn und des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Bildung ist für alle da Alle Geflüchteten brauchen sofort nach ihrer Ankunft Zugang zu Bildungsmaßnahmen, zum Beispiel Sprachkurse, Umschulungen, Förderung im Bereich der schulischen Ausbildung usw.

Wir fordern eine verstärkte Zusammenarbeit mit NGOs / Flüchtlingsorganisationen auf Stadtratsebene, um ermitteln zu können, welche jeweils aktuellen Bedürfnisse hier vorliegen. Ehrenamtliches Engagement kann nicht hoch genug geschätzt werden, aber dieses darf nicht die Stadt Koblenz von ihren Aufgaben entbinden. Es sind demnach ausgebildete Fachkräfte einzusetzen, die Geflüchteten helfen, sich in dem Alltag des ihnen fremden Landes zurechtzufinden. Dabei muss der Personalschlüssel für Sozialarbeiter*innen, die für Geflüchtete zuständig sind, überdacht werden.

Queer

Koblenz gibt sich gerne als weltoffene, tolerante und bunte Stadt. In einigen Bereichen ist sie das auch, aber längst nicht in allen. Zwei Männer, die sich auf dem Hauptbahnhof nachts begrüßen und sich küssen wollen, müssen nach wie vor vorher die Lage einschätzen. In kirchlichen Trägerschaften ist ein offenes Bekenntnis zu Homosexualität ein Ausschluss-Kriterium. Bei Behördengängen sind transidente Menschen oft Diskriminierung ausgesetzt. Wir sehen, es gibt noch viel zu tun.

Queer-Beauftragter Wir wollen die Stelle eines*r schon lange benötigten Queer-Beauftragten schaffen, denn aus Sicht der Community kann so am effektivsten auf Probleme und Missstände hingewiesen werden.

Eine Anlaufstelle Mit der Schaffung eines queeren Zentrums wollen wir allen betroffenen Menschen die unbürokratische und schnelle Möglichkeit geben, sich beraten zu lassen und Hilfestellungen in Anspruch zu nehmen. Es soll auch ermöglichen, vorhandene Ressourcen zu nutzen und die queeren Vereine zu stärken.

Das dritte Geschlecht Wie vom Bundesverfassungsgericht entschieden muss jede Person die Möglichkeit haben, neben „männlich“ und „weiblich“ auch ein drittes Geschlecht im Geburtenregister eintragen zu lassen. Wir fordern daher auch die Einführung des dritten Geschlechts bei öffentlichen Formularen.

Vielfalt fördern Die Arbeit der auch heute schon zahlreich bestehenden Vereine im LSBTIQ-Bereich wollen wir mit einem öffentlichen Programm fördern.

Politische Bildung

Der Stadtrat Koblenz hat sich dafür einzusetzen, dass rechten Tendenzen in Koblenz kein Raum geboten wird. Dazu gehört eine sinnvolle Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie konsequentes Vorgehen gegen Menschen, die sich rechter (verbotener) Symbolik oder rechter Hetze bedienen, was nicht verharmlost werden darf (Ablehnung rechter Gewalt ist selbstverständlich). Durch Aufklärungsarbeit muss einer pauschalisierenden Vorverurteilung von Flüchtenden entgegengewirkt werden. Straftäter*innen haben sich – wie jede andere Bürgerin/ jeder andere Bürger – in Deutschland vor Gericht zu verantworten.

Neue Freiräume schaffen, bestehende stärker fördern Unter Freiräumen verstehen wir Einrichtungen wie das Haus Metternich oder die Freiraumwohnung. Wir wollen nicht, dass diese wichtigen Institutionen Angst haben müssen, ob sie fortbestehen dürfen. Im Gegenteil streben wir eine starke Förderung der bestehenden Freiräume an und wollen darüber hinaus noch weitere schaffen, besonders auch in den Stadtteilen. Wir sagen Danke für die tolle Arbeit und möchten im Stadtrat eine enge Zusammenarbeit anstreben, wie wir weitere Projekte oder Veranstaltungsreihen effizient unterstützen können. Die Bedeutsamkeit von Umweltschutz Wir wollen, dass die Stadt Koblenz Bildungsangebote in den Schulen schafft, um die Heranwachsenden schon im frühen Alter über die Bedeutsamkeit des Umweltschutzes aufzuklären. Ein Mittel hierzu sind Aktionstage und Arbeitsgemeinschaften, die von der Stadt finanziert und ausgeführt werden. Der Umweltschutz ist eine der größten Aufgaben der kommenden Jahrzehnte und darf daher nicht unerwähnt bleiben. Es muss die Pflicht der Kommune sein, ihre Bewohner, auch die kleinsten darüber aufzuklären.

Sport

Mehr Angebote im Schwimmsport schaffen Wir möchten Koblenz auch zu einer Sport-Stadt machen, ein wichtiger Teil dieser Forderung sind mehr Angebote im Bereich des Schwimmsportes, denn besonders in diesem Bereich fehlt es Koblenz an Angeboten. Mit dem Entschluss des Stadtrates gegen ein 50-Meter-Wettkampfbecken im neuen Hallenbad im Moselbogen hat man der Koblenzer Schwimmsport-Szene einen heftigen Schlag versetzt. Wir haben uns für diese Forderung eingesetzt und tun dies noch. Wir möchten eine offene Diskussion über die Möglichkeit führen, das Beatusbad für den Schwimmsport auszubauen.

Wir wollen für die Schwimmsportvereine in unserer Stadt Trainingszeiten, die sich auch an dem Bedarf der Vereine und Sportler orientieren.

Radrennstrecke Neben dem Schwimmsport können wir auch mit einer Radrennstrecke einen großen sportpolitischen Beitrag leisten. Mit einer solchen Strecke locken wir nicht nur Radsportler*innen nach Koblenz und begeistern hoffentlich noch einige weitere Menschen für diesen Sport, wir können auch große Radrenn-Veranstaltungen nach Koblenz holen und uns zu einem Hot-Spot für die Radrennfahrer*innen in Rheinland-Pfalz machen

Bildung

Es ist leider eine Tatsache, dass die Chance auf einen höheren Bildungsabschluss für Jugendliche aus bildungsfernen beziehungsweise finanziell schwächer gestellten Schichten wesentlich schlechter ausfällt. Um endlich Bildungsgerechtigkeit durchzusetzen, muss nicht nur mehr Geld an die Schulen fließen, es muss auch der Mut aufgebracht werden, das Konzept „Schule“ von Grund auf neu zu denken.

Ganztägige Förderung Das heißt für Koblenz, dass es Ganztagschulen geben muss, die diesen Namen auch verdienen, da sie eine ganztägige sinnvolle Betreuung und Förderung von Schüler*innen ermöglichen Sport- und Fremdsprachenangebote, Zusatzunterricht, Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe und so weiter. Eine kostenlose Verpflegung sollte dabei selbstverständlich sein. Wir fordern außerdem kleinere Klassengrößen und mehr Lehrpersonal, am besten in Form des Zwei-Lehrer-Systems.

Außerdem brauchen die Kommunen mehr Geld, damit gut ausgebildetes Lehrpersonal in größerem Rahmen Zusatzunterricht für geflüchtete Kinder- und Jugendliche durchführen kann. Hier wollen wir das Land in Verantwortung nehmen.

KiTa-Angebot ausbauen Kognitive Fähigkeiten werden bereits im Kleinkindalter ausgebildet. Um unser Ziel der Chancengleichheit im Bildungsbereich erreichen zu können, muss es Kindern ermöglicht werden, ganztägig und gebührenfrei Kindertagesstätten zu besuchen. Das Angebot an Kitas muss daher ausgebaut werden, der Betreuungsschlüssel muss sinnvolles und qualitätsvolles Arbeiten erlauben. Sozial- und Erziehungsberufe müssen darüber hinaus aufgewertet werden, was sich unter anderem in besserer Bezahlung niederschlagen muss.

Mehr Geld für Inklusion Die Idee der Inklusion darf nicht auf dem Rücken des Lehrpersonals ausgetragen werden; eine Umsetzung von Inklusion geht nur durch zusätzlich eingestellte Schulsozialarbeiter*innen und weiteres pädagogisches Personal.

Tolerantes Denken und Demokratiefähigkeit fördern Es muss sichergestellt werden, dass alle Koblenzer Schulen den ersten Paragraphen des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes umsetzen §1 (2) „In Erfüllung ihres Auftrags erzieht die Schule zur Selbstbestimmung [...], zur Anerkennung ethischer Normen, zur Gleichberechtigung von Frau und Mann, [...] zum gewaltfreien Zusammenleben und zur verpflichtenden Idee der Völkergemeinschaft; [...] Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt [...]. Sie leistet einen Beitrag zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.“ Das Schulgesetz spricht zu dem Aspekt der sexuellen Aufklärung (§1 ,3) das „Gebot der Toleranz“ an; hier muss in unseren Augen deutlicher herausgestellt werden, dass es Aufgabe der Schule ist, über queere Themen aufzuklären und einen toleranten Umgang mit allem, was jenseits der heterosexuellen „Norm“ liegt, zu fördern.

Kultur

Bühnen schaffen In den letzten Jahren hat Koblenz drei Theater verloren, dies ist ein enormer Verlust für Kunst und Kultur in unserer Stadt. Wir fordern neue Bühnen zu schaffen und Künstler*innen Raum zu geben sich zu entfalten um das kulturelle Leben in Koblenz wieder erblühen zu lassen.

Kultur auf dem Markt Der Wochenmarkt soll eine Kleinkunsthöhne bekommen, so wird er nicht nur zu einem sozialen, sondern auch einem kulturellen Knotenpunkt in unserer Stadt.

Tickets ausverkaufen Gähmend leere Ränge sind kein schöner Anblick, weder für die Künstler*innen noch die Theaterführung und besonders nicht für die Vermarktung. Deshalb fordern wir, dass übrig gebliebene Tickets am Vorabend und am Abend der Vorstellung zu einem erheblich reduzierten Preis angeboten werden. Außerdem wollen wir den Schüler*innen Theaterstücke wieder näherbringen und schlagen hierfür vor, Schulen kostenlose Karten für die Schülerschaft anzubieten.

Starke Kulturförderung Wir wollen, dass frei-gemeinnützige Initiativen und unabhängige Organisationen stärker gefördert werden, sodass Experimentierfreude im musikalischen, theaterbezogenen, künstlerischen Rahmen erhalten bleibt. Denn eine kreativ tätige, moderne, junge und aufgeschlossene „Szene“ steigert die Attraktivität der Stadt Koblenz, besonders bei jungen Menschen.

Kritisches Denken stärken Wir freuen uns über Menschen, die sich kritisch mit der bestehenden Gesellschaft auseinandersetzen, menschenfreundliche Alternativen entwerfen und sich für diese einsetzen; auch dies möchten wir gern fördern, zum Beispiel indem die Stadt Räumlichkeiten für solche Aktivitäten zur Verfügung stellt. Dabei sollen (Frei-)Räume für Kunst- und Kulturschaffende und politisch Aktive entstehen.

Multikulturalität Auch wenn der Begriff der Multikulturalität in letzte Zeit missbräuchlich durch die Medien geistert, sehen wir eine bunte Vielfalt von an Kultur teilhabenden Menschen als eines unsere wichtigsten Ziele. Wir begreifen das diskriminierungsfreie Zusammenleben verschiedener Kulturen als absolute Stärke.

Vereinswesen stärken Ein wichtiges Anliegen ist für uns auch die Stärkung der Vereine in Koblenz. So fehlen vielen Vereinen z. B. Räume für ihre Veranstaltungen, Proben und Sitzungen. Hier wollen wir die Arbeit des städtischen Beauftragten unterstützen.



Unser Team für Koblenz

- | | |
|-----------------------------------|--------------------------------------|
| 01. Oliver Antpöhler (32) | 15. Stefanie Sinnig (51) |
| 02. Tobias Christmann (20) | 16. Thorsten Erlemann (35) |
| 03. Annette Vollmar (45) | 17. Fyn Julius Hartung (22) |
| 04. Ursula Rosenbaum (76) | 18. Alva Bogdanski (27) |
| 05. Frédéric Mayé (40) | 19. Elisa Nöller (23) |
| 06. Christian Zillgen (27) | 20. Thomas Förster (62) |
| 07. Olga Dolgich (33) | 21. Deniz Dizan (23) |
| 08. Britta Materna (59) | 22. Brigitte Winkler (55) |
| 09. Reinhard Bach (62) | 23. Markus von Beckerath (33) |
| 10. Dana Strack (25) | 24. Tristan Schasse (18) |
| 11. Julia Kämpf (23) | 25. Marcel Günther (45) |
| 12. Daniel Wehrheim (29) | 26. Alexander Schedler (35) |
| 13. Rolf Bartholomae (71) | 27. Karl-Heinz Fernholz (69) |
| 14. Isabelle Cofflet (27) | 28. Rolf Klee (64) |